



AŞITÎ BARIŞ FRIEDEN

BULLETIN DER INTERNATIONALEN INITIATIVE "FREIHEIT FÜR ABDULLAH ÖCALAN – FRIEDEN IN KURDISTAN"

Nr. 11 • Dezember / Januar 2003

Editorial

Die Türkei spielt wieder einmal mit dem Feuer: Immer wieder wird den Anwälten von Abdullah Öcalan die Wahrnehmung der festgelegten Besuchszeiten verwehrt. Insbesondere während der letzten zwei Monate hat diese willkürliche Praxis stark zugenommen. Erst kürzlich forderte der Europarat die Aufhebung der schweren Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan. Zwar wurde das verhängte Todesurteil in eine lebenslange Freiheitsstrafe umgewandelt, die Haftbedingungen jedoch weiter verschärft. Als Mitglied des Europarats ist die Türkei an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Trotz aller Willensbekundungen, die Kopenhagener Kriterien erfüllen zu wollen, wird diese von der Türkei weiterhin systematisch verletzt. Nach wie vor ist die Menschenrechtslage katastrophal. Immer noch werden elementare demokratische Grundrechte grob missachtet.

Abdullah Öcalan gilt auch nach seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung in die Türkei in weiten Teilen der kurdischen Gesellschaft als nationale Führungspersönlichkeit. Somit ist die derzeitige Behandlung des Kurdenführers ein Spiel mit dem Feuer. Indes hat die kurdische Seite im türkisch-kurdischen Konflikt klargestellt, dass sie nicht bereit ist, die momentane Praxis noch all zu lange hinzunehmen.

Die Türkei hat am 3. November 2002 gewählt: Das bisherige politische Establishment wurde ausgewechselt. Dank der undemokratischen Zehn-Prozent-Hürde sind nur noch zwei Parteien im neuen türkischen Parlament vertreten. Tayip Erdogan und seine Partei für Aufklärung und Wiederaufbau (AKP) wurden mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, welche es ihnen erlaubt, tiefgreifende demokratische Reformen voranzutreiben. Das verspricht augenscheinlich Stabilität. Wie stabil aber kann ein Land sein, in dem die Hälfte der Wähler nicht mit ihrer Stimme im Parlament vertreten ist?

Weiteres gesellschaftliches Konfliktpotential ist vorprogrammiert. Es bleibt abzuwarten, ob Erdogan und die Seinen erfolgreich sein können. Das allmächtige türkische Militär und die immer gegenwärtige Bürokratie wachen mit Argusaugen darüber, dass ihre Pfründe nicht angetastet werden. In der Kurdenfrage scheinen die neuen Machthaber in Ankara wenig Unternehmungslust zu zeigen. Ohne eine Lösung dieser Frage wird sich jedoch kein gesellschaftlicher Demokratisierungsprozess aufbauen lassen.

Zu diesen und anderen Themen in dieser Ausgabe: Gespräche mit Dr. Heinz Kramer (Stiftung Wissenschaft und Politik), Otfried Nassauer (BITS) und Beiträge der Europavertretung der HADEP und der Öcalan-Anwälte.

Köln, im November 2002, die Redaktion

Erstunterzeichnende der Internationalen Initiative *Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan*:

Mairead Maguire (Nobelpreisträger, Nordirland), **Dario Fo** (Regisseur Autor, Schauspieler, Literaturnobelpreisträger, Italien), **Adolfo Perez Esquivel** (Literaturnobelpreisträger, Argentinien), **José Ramos-Horta** (Friedensnobelpreisträger, Ost-Timor), **José Saramago** (Literaturnobelpreisträger, Portugal), **Danielle Mitterrand** (Stiftung France Liberté, Frankreich), **Ramsey Clark** (Rechtsanwalt, ehem. Justizminister, USA), **Uri Avnery** (ehemaliger Knessetabgeordneter, Gush Shalom -Friedensblock- Israel), **Prof. Dr. Noam Chomsky** (Linguist, Publizist, Massachusetts Institute of Technology, USA), **Alain Lipietz** (Mitglied des Europaparlaments), **Pedro Marset Carpos** (Mitglied des Europaparlaments), **Lord Eric Avebury** (House of Lords, Großbritannien), **Harry Cohen** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Cynog Dafis** (Parlamentsabgeordneter, Plaid Cymru -Wallisische Partei-, Großbritannien), **Lord Raymond Hylton** (House of Lords, Großbritannien), **Lord John Nicholas Rea** (Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe, House of Lords, Großbritannien), **Walid Jumblat** (Vorsitzender der Sozialistischen Fortschrittspartei, Libanon), **Rudi Vis** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Paul Flynn** (Parlamentsabgeordneter, Labour-Partei, Großbritannien), **Máiréad Keane** (Vorsitzender der Abteilung für Internationale Beziehungen, Sinn Féin, Nordirland), **Domenico Gallo** (Jurist, ehem. Senator-CI, Mitglied der Magistratura Democratica, Italien), **Livio Pepino** (Jurist, Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Xabier Arzalluz** (Präsident der PNV / Nationalistische Baskische Partei), **Tony Benn** (Parlamentsmitglied, Labour-Partei, Großbritannien), **Giovanni Palombarini** (Jurist, ehem. Vorsitzender der Magistratura Democratica, Italien), **Heidi Ambrosch** (Stellv. Vorsitzende der Kommunistischen Partei Österreichs)

Fortsetzung letzte Seite

Inhalt:**Seite 2****Appell an den italienischen Ministerpräsidenten**

Die türkische Regierung muss die Isolationshaft von Abdullah Öcalan aufheben

Seite 3**Die Isolationshaft muss beendet werden**

Der KADEK-Vorsitzende Abdullah Öcalan wird immer mehr von der Außenwelt isoliert

von seinen Anwälten aus Istanbul

Seite 5**Türki und Irakkrise**

Nach dem Regierungswechsel in der Türkei

Interview mit Otfried Nassauer, Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit

Seite 7**Vor dem Gipfel**

Der Stand der türkischen Bemühungen um den EU-Beitritt

Interview mit Heinz Kramer, Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Seite 10**Die Bevölkerung will Veränderungen**

Eine Bewertung der Wahlen in der Türkei aus Sicht der HADEP

von Mehmet Salih Acar

Impressum:

Herausgeber: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

50445 Köln, Postfach 10 05 11

Druck: Eigendruck,

Auflage: 2.500

Redaktion: Klaus (D. Bufe, Becher, Happel), Stefan Leibold

V.i. S.d.P.: Klaus D. Bufe

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden sind willkommen.

Stadtparkasse Köln, Blz: 37 05 01 98

Kto: 46 79 32 87, Stichwort: Asiti

Appell an den italienischen Ministerpräsidenten

Die türkische Regierung muss die Isolationshaft von Abdullah Öcalan aufheben

Am 12. November 2002 jährt sich die Ankunft des Vorsitzenden des Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK), Abdullah Öcalan, in Rom zum vierten Male. Nach der Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei wurde das gegen Abdullah Öcalan verhängte Todesurteil in eine lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt. Abdullah Öcalan ist auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı der einzige Gefangene.

Seit vier Wochen haben seine Anwälte keinen Kontakt mehr zu ihrem Mandanten. Auch seiner Familie wird der Besuch verweigert. Die in Italien lebenden Kurden sind über die verschärften Isolationshaftbedingungen des Vorsitzenden des KADEK, Abdullah Öcalan, massiv beunruhigt. Deshalb fordern sie in einer Erklärung die Sicherung der anwaltlichen Betreuung von Abdullah Öcalan und eine spürbare Verbesserung der schweren Isolationshaftbedingungen,

denen er seit langer Zeit unterliegt.

Morgen wird Ministerpräsident Berlusconi mit dem Vorsitzenden der AKP, Erdogan, zusammentreffen, dessen Partei bei den Wahlen vom 3. November 2002 die absolute Mehrheit errungen hatte. Bei diesem Treffen wird Erdogan um die italienische Unterstützung des Beitrittsbegehrens der Türkei zur Europäischen Union werben.

Die Unterzeichner dieses Appells begreifen sich als Vermittler der heute vor dem Palazzo Madama versammelten Kurden. Deshalb fordern wir Ministerpräsident Berlusconi dazu auf, Herrn Erdogan unsere Besorgnis über die Situation von Abdullah Öcalan zu übermitteln. Weiterhin fordern wir die sofortige Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan und die Zuerkennung seiner Rechte als Gefangener, die ihm verfassungsgemäß zustehen.

Unterzeichnende Senatoren des italienischen Senats in Rom

Nuccio Jovene (Partei der Demokratischen Linken, Menschenrechtsausschuss des italienischen Senats), *Gigi Malabarba* (Fraktionsvorsitzender der Reformierten Kommunistischen Partei im italienischen Senat), *Giorgio Malentacchi* (Reformierte Kommunistische Partei), *Stefano Boco* (Grüne Partei), *Loredana De Petris* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Piatti Gianni* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Michelini Renzo* (Abgeordnetengruppe der Südtiroler Autonomieregion), *Mauro Fabris* (Gruppe der unabhängigen Parlamentarier im Senat), *Roberto Calderoli* (Vizepräsident des Senats, Lega Padana), *Alessandro Forlani* (Vorsitzender der ausenpolitischen Kommission der Christlichen Demokratischen Partei und Mitglied im Menschenrechtsausschuss des italienischen Senats), *Alberto Monticone* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Luigi Compagna* (Parlamentarische Gruppe der Christdemokraten und Zentrumsparterie), *Flammia, Angelo* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Tommaso Sodano* (Reformierte Kommunistische Partei), *Di Girolamo, Leopoldo* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Patrizia Toia* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Emanuela Baio Dossi* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Gubetti, Furio* (Forza Italia), *Gubert, Renzo* (Parlamentarische Gruppe der Christdemokraten und Zentrumsparterie), *Francesco Servello* (Nationale Allianz), *Loris Maconi* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Kofler, Alois* (Abgeordnetengruppe der Südtiroler Autonomieregion), *Luig, Marino* (Gruppe der unabhängigen Parlamentarier im Senat), *Francesco Martone* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Aniello Formisano* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Pagliarulo, Gianfranco* (Gruppe der unabhängigen Parlamentarier im Senat), *Togni, Livio* (Gruppe der unabhängigen Parlamentarier im Senat), *Bedtoni, Brandani Monica* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Lauria, Michele* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Peterlini, Oskar* (Abgeordnetengruppe der Südtiroler Autonomieregion), *Gasbarri, Mario* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Murineddu, Giovanni* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Donato Veraldi* (Parteienbündnis l'Ulivo), *Thaler Ausserhofer, Helga* (Vorsitzende der Abgeordnetengruppe der Südtiroler Autonomieregion)

Die Isolationshaft muß beendet werden

Seit einigen Monaten isoliert die Türkei Abdullah Öcalan, den Vorsitzenden des KADEK, immer mehr von der Außenwelt

von seinen Anwälten aus Istanbul (Asrin Hukuk Bürosu)

Unterstützt von einem staatlich gelenkten Bündnis von Geheimdiensten, wurde am 15. Februar 1999 Abdullah Öcalan völkerrechtswidrig aus Kenia verschleppt und an den türkischen Staat ausgeliefert.

Seitdem wird Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali im türkischen Marmarameer gefangengehalten. Dort ist er der einzige Gefangene. Die Insel ist ausschließlich auf dem See- bzw. Luftweg zu erreichen. Das umliegende Seegebiet und der Luftraum wurden im Umkreis von fünf Meilen zum militärischen Sperrgebiet erklärt.

Bereits im Vorfeld der rechtswidrigen Gefangennahme von Abdullah Öcalan wurden alle anderen Gefangenen auf der Insel, die sich dort in einem halboffenen Strafvollzug befanden, in Gefängnisse auf dem Festland verlegt. Gleichzeitig war dies der Anlass, das gesamte Gefängnis einem umfassenden Umbau zu unterziehen.

Dabei standen von Beginn an die Anforderungen an ein reibungsloses Vollzugssystem im Vordergrund, das allein auf die letztendliche Vollstreckung der Todesstrafe an Abdullah Öcalan ausgerichtet war.

Ausschlaggebend für der Wahl seiner Unterbringung war offensichtlich die geographische Lage der Insel. Diese erleichterte die Errichtung eines

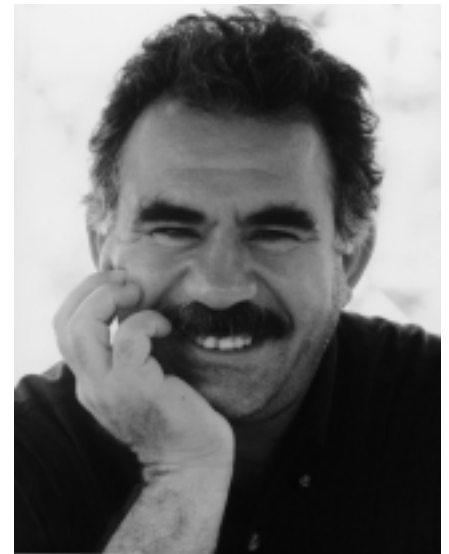
Systems vollständiger Isolation sehr. Gleichzeitig bietet diese Lage ausreichende Gelegenheit, jederzeit willkürliche Maßnahmen ergreifen zu können, um bei Bedarf die Verbindung Abdullah Öcalans zur Außenwelt auf ein Minimum zu reduzieren.

Das 1999 auf Imrali errichtete System sah im Anschluß an das erwartete Todesurteil für Abdullah Öcalan verschiedene Varianten des Vollzugs vor. Würde das Todesurteil an Abdullah Öcalan vollstreckt werden, dann sollte für einen reibungslosen Ablauf der Hinrichtung gesorgt werden.

Würde das Todesurteil hingegen nicht vollstreckt, war stattdessen die völlige Isolation Abdullah Öcalans von der Außenwelt vorgesehen, um durch die erschwerten Haftbedingungen eine Vollstreckung auf Raten zu erreichen. Schließlich setzte sich im Laufe der Debatte um die Aufhebung der Todesstrafe die Einsicht durch, dass eine Vollstreckung des Todesurteils an Abdullah Öcalan nicht im Interesse der Türkei sein würde.

Weit größeren Erfolg versprach daher die Strategie, durch eine weitere Verschärfung der Haftbedingungen das ursprüngliche Ziel zu erreichen.

Ergebnis dieser Debatte war der Beschluss, die Todesstrafe aus dem Gesetz zu streichen und mit einem wei-



Abdullah Öcalan

teren Beschluss lebenslange Freiheitsstrafen zu erschwerten Bedingungen zu ermöglichen.

Am Ende stand die Errichtung des Vollzugsystems von Imrali, was nichts anderes bedeutet als die langsame Hinrichtung Abdullah Öcalans, und was damit seinen Tod auf Raten zum Ziel hat.

Von Anfang war Abdullah Öcalan verschärften Isolationshaftbedingungen ausgesetzt. Mit der Aufhebung der Todesstrafe wurde auch das Todesurteil von Abdullah Öcalan in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Wie für diesen Fall vorgesehen ging man daraufhin

zu Haftbedingungen mit vollständiger Isolation über. Das bisherige System wurde derart ausgeweitet, dass sich die Haftbedingungen unseres Mandanten auch als Folter begreifen lassen.

Von Ende August 2002 bis zum 22. November 2002 konnten wir nur zweimal (9. Oktober 2002 und 13. November 2002) die auf jeweils Mittwoch festgelegten Besuchstermine bei unserem Mandanten wahrnehmen.

Somit reduzierten sich de facto die wöchentlichen Besuche durch seine Anwälte bzw. Angehörige ersten Grades auf einmal pro Monat. Abdullah Öcalan hatte also seit Ende August nur einmal pro Monat Kontakt zur Außenwelt.

Der rechtliche Status der Insel Imrali und die dort zur Anwendung kommenden Maßnahmen kennen in der Türkei kein vergleichbares Beispiel. Nur in Notstandsgebieten oder aufgrund von Umweltkatastrophen oder Krieg gelten vergleichbare Bestimmungen. Sämtliche auf Imrali angewandten Maßnahmen werden von einer Behörde getroffen, die als "Krisenzentrum" bezeichnet wird.

Die dort getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen unterliegen keiner zivilen Kontrolle durch das Justizministerium, wie dies sonst der Fall ist.

Wenn auch die Justizvollzugsanstalt Imrali offiziell dem Justizministerium untersteht, werden real aufgrund des militärischen Sperrgebiets sämtliche Bewegungen zur oder von der Insel von militärischen Entscheidungsstrukturen kontrolliert. Selbst das Wachpersonal wird vom Militär gestellt.

Für die Überfahrt zur Insel wurde uns bisher nur eine kleine veraltete Barkasse mit dem Namen "Imrali 9" zur Verfügung gestellt. Diese kann zusammen mit dem Personal nur 10 Personen transportieren. Die Überfahrt nach Imrali dauert deshalb ca. drei Stunden. Selbst gering-

fügige Wetterumschwünge verhindern so das Übersetzen zur Insel. Des Weiteren wird von Zeit zu Zeit die Überfahrt unter dem Vorwand technischer Probleme verwehrt.

Mehrere Anträge unsererseits auf Bereitstellung eines anderen Bootes oder eines Hubschraubers blieben bisher erfolglos.

Durch bewusst willkürliche Maßnahmen werden wir immer wieder am Erreichen der Insel gehindert.

Abdullah Öcalan kann nur bestimmte Tageszeitungen wie "Hürriyet", "Milliyet" und "Sabah" beziehen, welche wir bei unseren Besuchen mitbringen. Außerhalb dieser Besuche hat er keine Möglichkeit zum Bezug von Zeitungen. Auch der Bezug von Literatur ist begrenzt. Er darf nicht mehr als drei Bücher besitzen. Auch diese können nur von uns mitgebracht werden.

Während in anderen F-Typ Gefängnissen der Türkei ein auf den gesamten Tag ausgedehnter Hofgang bzw. Aufschluss üblich ist, wurde für Abdullah Öcalan der Hofgang auf zwei Stunden täglich begrenzt.

Möglichkeiten zum Fernsehen hat Abdullah Öcalan nicht. Alle diesbezüglichen Anträge wurden bisher abgelehnt. Die einzige Informationsquelle stellt ein Radio dar, auf dem der staatliche Sender "TRT" als alleiniger Kanal eingestellt ist. Zu diesen Punkten hat auch das Komitee zur Beobachtung von Folter (CPT) des Europarats in einem Bericht Stellung genommen.

Bisher wollte das CPT zweimal zur Untersuchung der Haftbedingungen Abdullah Öcalans auf Imrali.

Da die türkische Regierung bisher auf keine der im Bericht genannten Forderungen eingegangen ist, wurde der Bericht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In besagtem Bericht werden die Haftbedingungen unseres Mandanten als schwere Isolationshaft bezeich-

net, die dazu geeignet sei, sich auf seine Psyche und Physis negativ auszuwirken. Sämtliche Maßnahmen stellen auch nach türkischem Recht einen schweren Verstoß dar. Außerdem verstoßen sie gegen die Artikel 23, 6, 8, und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention. Insgesamt führt all dies bei uns Anwälten zu größter Besorgnis um Leib und Leben unseres Mandanten.

Die oben beschriebenen Isolationshaftbedingungen finden weltweit nur wenig Vergleichbares. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass sie bereits an Folter grenzen. Sie stellen damit auch eine Gefahr für Leib und Leben unseres Mandanten dar.

Abdullah Öcalan aber setzt sich auch aus der Haft heraus für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes ein. Das von ihm formulierte Modell einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage ist zur Grundlage eines möglichen Friedensprozesses geworden. Somit bedroht eine weitere Aufrechterhaltung der Isolationshaftbedingungen den gesellschaftlichen Frieden.

Wir, die Anwälte Abdullah Öcalans, haben uns inzwischen an verschiedene internationale Institutionen und Organisationen gewandt und diese gebeten, sich für die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan einzusetzen. In den nächsten Tagen werden wir die oben genannten Bedingungen, die auch das Antifolterkomitee des Europarates als Isolationshaft bezeichnet hat, als flagrante Verletzungen europäischen Rechts auch in einer Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Sprache bringen.

Türkei und Irakkrise

Nach dem Regierungswechsel in der Türkei

Interview mit Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit

Lange Zeit sah es so aus, als ob ein amerikanischer Militärschlag gegen den Irak bald zu erwarten sei. Jetzt haben jedoch die Vereinten Nationen und ihr Sicherheitsrat eine neue Irakresolution verabschiedet, die zunächst erst einmal wieder auf Inspektionen setzt. Sollte der Irak sich jedoch nicht an diese Resolution halten, dann ist nicht automatisch ein militärisches Eingreifen vorgesehen, wie es die Bush-Administration gewünscht hatte. Man sollte auch anmerken, dass es - unabhängig von der Frage Krieg oder Frieden - auch im Irak Gruppen gibt, die eine amerikanische Intervention nicht ungern sehen würden oder zumindest glauben, davon profitieren zu können. Denken wir nur an die Kurden in der autonomen Region im Nordirak. Wie glauben Sie, wird sich die Lage entwickeln?

Auch wenn Saddam die VN-Resolution jetzt offiziell akzeptiert hat, glaube ich, dass die Vereinigten Staaten trotzdem, ob unilateral oder mit dem Versuch doch noch ein UNO-Mandat zu bekommen, gerne versuchen würden, einen Militärschlag herbeizuführen und auch zu rechtfertigen.

Es kann natürlich auch sein, dass Saddam Hussein sie vor das Problem stellt, so korrekt mit der UNO zusammenzuarbeiten, dass eine Legitimation zumindest auf UNO-Ebene für einen Militärschlag nicht zu erreichen sein wird. Im

Sicherheitsrat gibt es ja doch eine ganze Reihe von Staaten, die jetzt, da kein Automatismus für eine militärische Aktion existiert, noch einmal genauer hinschauen wollen.

Beide Wege sind möglich, es kann allerdings auch noch Überraschungen geben. Damit meine ich beispielsweise, dass die irakische Führung der amerikanischen Führung die potentiellen Gründe für eine Intervention nehmen könnte. Dies wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen und dabei wird sich ebenfalls herausstellen, ob die Vorwürfe richtig sind, dass der Irak nach 1998 massiv an dem Wiederaufbau seiner Programme für Massenvernichtungswaffen gearbeitet hat.

Nun hätten es die Amerikaner ja gerne, und sind eigentlich auch darauf angewiesen, dass die Türkei mitmacht bei einer solchen Intervention, Stichwort Incirlik, der Flugplatz, von dem die Amerikaner ihre Flüge über den Irak starten. Die Türken aber zieren sich bisher offiziell. Was erwarten Sie in dieser Hinsicht von der neuen türkischen Regierung?

Die neue türkische Regierung stellt auch für die Amerikaner noch eine nicht vollständig kalkulierbare Größe dar.

Ich denke, dass die Amerikaner auf der einen Seite auf die Kontinuität im Ver-

halten des türkische Militärs setzen und auf der anderen Seite schauen werden, ob diese neue Regierung moderate Worte mit radikaleren Taten kombiniert oder ob diese gemäßigt islamische Regierung für die USA auch ein zuverlässiger Partner sein könnte bei dem Versuch gegen den Irak militärisch vorzugehen.

Da wird man sich, nach meiner Einschätzung, eine Weile lang abtasten, eine Weile über den Preis diskutieren, das Ergebnis dieses Prozesses aber lässt sich meiner Meinung nach derzeit noch nicht vorhersagen.

In diesem Zusammenhang sind die Türken mit auch mit anderen gravierenden Fragen konfrontiert:

Da sind einmal wirtschaftliche Schäden, Handelsverluste und direkte Kosten des Krieges, und zum anderen ist natürlich nicht absehbar, wie der Irak dann nach dem Krieg aussehen wird. Also, was werden die irakische Kurden tun, deren Region inzwischen praktisch autonom ist, und wo auch die reichen Erdölquellen von Kirkuk und Mossul liegen, an denen die Türken auch Interesse gezeigt haben.

Ziert sich die Türkei zur Zeit nur, um den Preis heraufzutreiben, um dann bei einer Teilnahme am Irakkrieg diese Gebiete zu kassieren und die Zukunft der kurdischen Region besser kontrollieren zu kön-

nen?

All diese Szenarien sind ja schon diskutiert worden, auch unter der alten türkischen Regierung schon.

Auf der spekulativen Ebene wird sich diese Diskussion sicher auch noch eine ganze Weile fortsetzen.

Es gibt allerdings drei Gründe, die mich veranlassen, bestimmte Entwicklungen für eher unwahrscheinlich zu halten. Zum einen glaube ich kaum, dass die kurdischen Gebiete des Irak in irgendeiner Weise der Türkei zugeschlagen werden und dass die amerikanische Regierung eine Aufteilung des Irak für eine sinnvolle politische Lösung hält.

Einerseits wäre die Türkei damit überfordert, andererseits brächte dies auch den Amerikanern nur Probleme.

Überlegungen, was der Preis einer türkischen Kooperation sein könnte, beziehen natürlich unter anderem die Frage ein, was denn die Türkei ökonomisch dafür bekäme, wenn sie sich hier als Aufmarschgebiet zur Verfügung stellen würde.

Meine persönliche Einschätzung ist, dass die Forderung nach der Einheit des Irak nach einem gegebenenfalls erfolgten Militärschlag auch von amerikanischer Seite zunächst weiter aufrecht erhalten werden muss, und dass es höchstens über die Form der kurdischen Autonomie im Irak zu Diskussionen kommen wird.

Dass auch dies nicht ganz einfach ist, zeigt sich daran, dass trotz mehrerer Treffen von Vertretern der Vereinigten Staaten mit den kurdischen Parteien des Nordirak bisher keine endgültige zufriedenstellende Lösung gefunden worden zu sein scheint.

Vielmehr scheint dieser Prozess der Konsultationen über die Rolle der einzelnen Akteure in den kurdischen Autonomiegebieten und über die Form der Autonomie noch weiterzugehen..

Auch an einer anderen Stelle, nämlich im Zusammenhang mit der ESVP, der geplanten europäischen Verteidigung, zielt sich die Türkei ebenfalls, was auch Bedeutung hat für den türkischen EU-Beitrittsprozess.

Das türkische Verhalten gegenüber der Europäischen Union in Sachen ESVP und NATO - EU Abkommen zum Thema ESVP ist ausgesprochen bemerkenswert. Es gibt da ja zwei Abkommen, die verhandelt werden, das eine Abkommen ist das, mit dem die EU auf militärische Fähigkeiten der NATO zurückgreifen könnte.

Dort wurde in einem Bereich inzwischen Konsens erzielt, nämlich in dem Bereich, in dem es um Operationen mit Zugriff auf militärische Fähigkeiten der NATO geht. Nun können sich die NATO-Mitglieder bei einer EU-Mission beteiligen, wenn sie es wünschen. In einem anderen Bereich wurde bisher noch keine Einigung erzielt.

Hier geht es um Operationen der EU, bei denen nicht auf die militärischen Fähigkeiten der NATO zurückgegriffen wird. An diesem Punkt streiten sich Griechenland und die Türkei um die Berücksichtigung der türkischen respektive griechischen Sicherheitsinteressen.

Dass dies allerdings primär von der Türkei ausgeht, kann man sehr schön bei dem zweiten Abkommen sehen. Dabei handelt es sich um ein sogenanntes Sicherheitsabkommen, mit dem die militärischen Geheimnisse der NATO, wenn sie der EU zur Verfügung gestellt werden, geschützt werden sollen.

Auch hier blockiert die Türkei, und zwar zur Zeit mit dem Argument, ein solches Abkommen solle nur für die heutigen EU-Mitglieder gelten. Hier steht natürlich die Zypernfrage im Hintergrund, für die aber die Vereinten Nationen gerade

erst einen neuen Lösungsvorschlag unterbreitet haben.

Die Türkei will sich hier durch ein zweistufiges Verfahren sozusagen ein zweites Veto installieren, denn wenn sie sagt, dass jedem neuen EU-Mitglied dann auch wieder die NATO zustimmen müsse, dann versucht sie natürlich mit Hilfe der notwendigen Einstimmigkeit bei der NATO sich auf diese Weise ein Vetorecht zu verschaffen. Dieses Spiel kann man sowohl beim ersten wie auch beim zweiten Vertrag ins Unendliche treiben und dies scheint auch so gewollt zu sein. Man kann das daran erkennen, dass die Türkei auf der einen Seite hat verlauten lassen, mit dem neuen VN-Plan für Zypern werde sie sich in absehbarer Zukunft beschäftigen, derzeit sei dies jedoch nicht möglich. Andererseits verbindet sie diese Fragen immer wieder rhetorisch mit der Fragestellung, wann denn der Türkei ein konkreter Zeitplan vorgelegt werde für den EU-Beitritt, so dass in diesen Punkten momentan Stillstand herrscht.

Otfried Nassauer ist Direktor des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit.

Das Gespräch führte Klaus Happel

Vor dem Gipfel

Zum Stand des EU-Beitrittsprozesses der Türkei nach den Parlamentswahlen

Fragen an den Türkeiexperten Dr. Heinz Kramer von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Die jüngsten Parlamentswahlen in der Türkei hatten ein erdrutschartiges Ergebnis. Warum hat keine der Parteien der letzten Legislaturperiode den Wiedereinzug geschafft?

Dieses Wahlergebnis ist im Wesentlichen und in erster Linie Ausdruck der abgrundtiefen Enttäuschung der türkischen Wähler mit ihrer politischen Klasse, die sie das letzte Jahrzehnt regiert hat. Hier haben Politiker für schlechte Politik die Quittung bekommen.

Der hohe Wahlsieg der AKP ist eher ein Vertrauensvorschuß als Ausdruck grundlegend gewandelter politischer Präferenzen. Erdogan ist mit dem im Wahlergebnis zum Ausdruck kommenden Hoffnungen und Erwartungen der Wähler auf eine nachhaltige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage eine schwere Bürde aufgeladen worden.

Welche Auswirkungen erwarten Sie für den EU-Beitrittsprozess nach diesen radikalen Veränderungen?

Ich glaube, dass trotz dieses parteipolitischen Erdrutsches, den wir da erlebt haben, sich in der türkischen Politik selbst gar nicht so viele Veränderungen ergeben werden.

Meines Erachtens gilt dies sowohl für die Innen- wie für die Außenpolitik. Das

heißt, im EU-Beitrittsprozeß sind keine größeren Veränderungen zu erwarten - jedenfalls nicht von türkischer Seite.

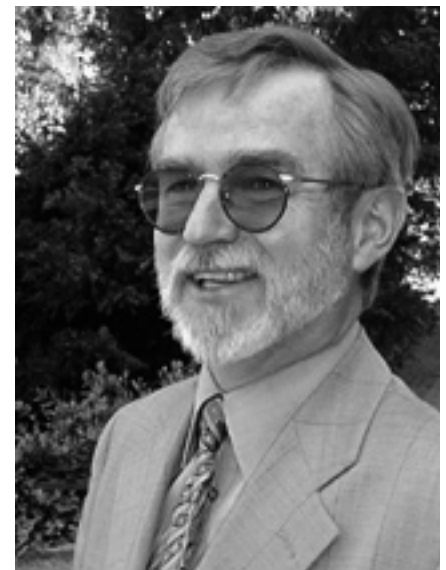
Wenn die Wahlsieger von der AKP, das, was sie vor den Wahlen als ihre politischen Ziele und politische Programmatik verkündet haben, auch wirklich umsetzen, dann ist das ja eine Fortsetzung der Linie, die, wenn auch mit gewissen Schwierigkeiten und Hindernissen, aber doch relativ konsequent auch von den Vorgängern seit ungefähr einem Jahr eingeschlagen wurde.

Es ist eine Politik der Liberalisierung und Demokratisierung des türkischen politischen Systems.

Ähnliches gilt im Bereich der Wirtschaftspolitik. Auch hier hat Erdogan ja erklärt, er werde die Politik der wirtschaftlichen Konsolidierung im Grundsatz fortsetzen.

Er will mit dem IWF, der dieses Programm wesentlich mitträgt und die Flanke gegenüber den internationalen Finanzmärkten schützt, über Modifikationen einzelner Teilmaßnahmen sprechen, aber den grundsätzlichen Kurs nicht ändern.

Und in der Außenpolitik soll es bei der Westorientierung und der auf den EU-Beitritt zielenden Politik, aber auch einer engen Zusammenarbeit mit den USA bleiben.



Heinz Kramer

Dies schließt auch die Möglichkeit ein, die USA bei einem möglichen militärischen Vorgehen gegen den Irak zu unterstützen.

Diese Kontinuität in den politischen Grundzügen unterstreicht noch einmal, daß der Wähler mit der AKP nicht eine neue, eine andere Politik gewählt hat, sondern Politiker, denen er zutraut, bessere Ergebnisse zu erzielen als ihre Vorgänger.

Zu dieser Wahl ist auch das (hauptsächlich kurdische) Parteienbündnis DEHAP angetreten, jedoch an der Zehnprozent-

hürde gescheitert. Bereits vor der Wahl gab es Anwürfe, es könne zu Beeinflussungen oder Einflussnahme auf die Wähler kommen. Es gab auch den Vorwurf, es sei sehr schwierig, besonders für Vertriebene oder Binnenflüchtlinge sich für die Wahlen registrieren zu lassen.

Hier gibt es sicherlich Probleme. Was die Wählerregistrierung angeht, so handelt es sich hier um eine generelle Schwachstelle im türkischen Wahlsystem, von dem sicherlich Binnenmigranten mehr betroffen sind als andere Bürger, was natürlich dann die kurdische Bevölkerung stärker trifft.

Aber ich glaube, das ist nicht der Hauptgrund dafür, dass die DEHAP nicht über die Zehnprozenthürde gekommen ist. Sie ist ja wie auch schon ihre Vorgängerin die HADEP, eine ethnisch fundierte Regionalpartei und keine Partei, die auf nationaler Ebene in der Türkei erfolgreich ist. Ihre Hochburgen liegen eindeutig im Südosten und sind auch dieses Mal wieder gewonnen worden, teilweise sogar mit noch besseren Ergebnissen als 1999. Gleichzeitig sehen wir, dass es die DEHAP auch dieses Mal genau wie HADEP 1999 nicht geschafft hat, in den bevölkerungsreichen Zentren im türkischen Westanatolien mehr Stimmen auf sich zu vereinigen als im Landesdurchschnitt. Und das reicht eben über das ganze Land und die ganze Wählerschaft gerechnet nicht aus, um eine so hohe Hürde wie die Zehnprozenthürde zu überwinden.

Hier jetzt Gründe zu suchen in der Wählerregistrierung oder Wahlbehinderungen würde, wie ich glaube, die grundlegenden Fakten verkennen und die grundlegende Problematik mit der eine kurdische Partei es zu tun hat. Sie hat es einfach schwer bei dieser Zehnprozenthürde, landesweit genügend Stimmen auf sich zu vereinigen.

Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses wird immer wieder die Forderung erhoben, auch vom Europaparlament und von Seiten der Kommission, dass den Kurden Minderheitenrechte eingeräumt werden sollten, die über die Individualrechte der letzten Gesetzes- und Verfassungsänderungen hinausgehen. Wo sehen Sie da Fortschrittmöglichkeiten unter einer AKP-Regierung?

Ich glaube nicht, dass die AKP eine prononcierte Minderheitenpolitik gegenüber dem kurdischen Bevölkerungsteil einleiten und betreiben wird. Das wird im übrigen auch nicht von der EU-Kommission gefordert, wenn man sich das Dokument zur Beitrittspartnerschaft genau anschaut. Die EU verlangt demnach genau das, was am 3. August gemacht worden ist, größere kulturelle Rechte, aber keine spezifischen Minderheitenrechte. Sie verlangt mehr Demokratie, was mir auch der Weg zu sein scheint, den die AKP einschlagen wird. Sollte sie ihre Ankündigungen wahr machen, dann wird sie versuchen, generell mehr Demokratie und Liberalität in der Türkei zu verankern. Wenn sie das mit einer gezielten sozioökonomischen Entwicklungspolitik für die kurdischen Provinzen und einem Zurückdrängen des Militärs aus diesen Provinzen verbinden kann, dann ist das wohl das Optimum dessen, was man von einer AKP-Regierung in der Kurdenfrage erwarten kann - und was auch seitens der EU gefordert wird.

Am 12. Dezember diesen Jahres findet der nächste EU-Gipfel in Kopenhagen statt und die Türken erwarten sich davon mindestens die Nennung eines Termins für den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Welche Aussichten sehen sie dafür?

Nur sehr geringe. Der Erfolg der AKP hat

in der EU eher zur Verunsicherung geführt, schließlich wird die Partei hier überwiegend als "islamistisch" gekennzeichnet. Man kennt die AKP und ihre führenden Vertreter so gut wie gar nicht. Das wird eher die Vorsicht verstärken, der Türkei in Kopenhagen zu weit entgegen zu kommen. Die EU wird also wohl noch einmal die bisher erreichten Fortschritte der Türkei loben und daneben zum Ausdruck bringen, dass man abwarten will, welche Politik die neue Regierung tatsächlich verfolgt. Erst wenn in der EU hinreichend Klarheit über den Kurs der AKP herrscht, wird man eine Entscheidung über den Beginn von Beitrittsverhandlungen treffen. Das Beste, was die Türkei meines Erachtens aus Kopenhagen erwarten kann, ist deshalb eine Erklärung, die ein Datum nennt, an dem sich die EU endgültig festlegen wird. Viel mehr scheint mir vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen nicht möglich, es sei denn, die neue Regierung könnte in der Kürze der Zeit bis Kopenhagen noch wirklich Aufsehen erregende Schritte ergreifen, um die Haltung der EU noch einmal zum Wanken zu bringen.

In diesem Zusammenhang drängt sich unmittelbar die Zypernfrage auf. Hier scheint derzeit die Möglichkeit gegeben, zu schnellen Erfolgen zu kommen...

Genau. Zypern ist so eine Gelegenheit. Wenn die neue Regierung positiv auf den demnächst von VN-Generalsekretär Annan vorgelegten Zypernplan reagiert, d.h. wenn sie deutlich zu erkennen gibt, daß eine Zypernlösung tatsächlich im Bereich des Möglichen liegt, dann müßte die EU ihre Haltung noch einmal überdenken.

Zum anderen könnten auch in der Frage der ESVP, der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und ihrem

Verhältnis zur NATO rasch Fortschritte gemacht werden. Hier werden die Grundlagen der Zusammenarbeit von ESVP und NATO im Augenblick immer noch im NATO-Rat durch die Türkei blockiert. Ein Einlenken Ankaras würde in Kopenhagen sicher auch eine positive Resonanz erzeugen. In beiden Fällen kommt es darauf an, ob die AKP an der türkischen Tradition festhält, daß Außen- und Sicherheitspolitik "Staatspolitik" ist, die von den Funktionselementen des Militärs und der Bürokratie betrieben wird, oder ob sie durchsetzen kann, daß auch in diesen Fragen der Primat des Politischen, das heißt der Parteien und der parlamentarischen Entscheidung gelten soll.

Gibt es überhaupt langfristig eine echte Beitrittsperspektive für die Türkei? Viele Stimmen innerhalb und außerhalb der EU sagen, für eine Verankerung der Türkei im Westen reiche es doch, die Türkei möglichst eng an Europa zu binden, sie müsse deswegen ja nicht unbedingt Mitglied der Union werden.

Dieses Problem existiert und es ist kein neues Problem. Es erhält immer dann in der EU eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit, wenn der türkische Beitritt von der Fiktion zur Realität werden könnte. Dies ist ja mit der Frage nach dem Datum für Beitrittsverhandlungen gemeint. Auch nach Helsinki gab es das, als die Türkei den Kandidatenstatus bekam.

Das Problem des Verhältnisses EU - Türkei und der türkischen Beitrittsperspektive ist, dass meines Erachtens die EU gegenüber der Türkei seit nunmehr fast vierzig Jahren (seit dem Assoziierungsabkommen von 1964) eine widersprüchliche Politik betreibt. Einerseits folgt sie diesem Abkommen, das ja bereits damals die Möglichkeit des Beitritts festschrieb. Seitdem führte die Poli-

tik der EU gegenüber der Türkei zu einer zunehmenden Annäherung und Einbindung. Wenn man den Weg immer weiter fortsetzt, muß es logischerweise irgendwann zum Beitritt kommen.

Andererseits besteht genauso lange ein deutlicher Unwille, das damals Vereinbarte auch umzusetzen. Das hat sehr viel damit zu tun, das eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der EU den türkischen Beitritt ablehnt. Ebenso gibt es in politischen Kreisen Vorurteile gegenüber der Türkei, die man auf die Formel bringen kann, die Türkei sei nicht Teil Europas und wäre deshalb ein Fremdkörper in der Europäischen Union. Das hat ja gerade erst wieder der frühere französische Präsident und jetzige Vorsitzende des Konvents zur Zukunft Europas, Giscard d'Estaing, deutlich erklärt und damit eine lebhaft öffentliche Debatte ausgelöst.

Diese Art von Doppelbödigkeit der europäischen Politik gegenüber der Türkei hat vielleicht europäischen Interessen über die letzten dreißig Jahre gedient, und sie hat ja auch dazu geführt, dass in der Türkei eine ganze Menge vorangekommen ist. Dieses Spiel kann man allerdings nicht ewig betreiben. Irgendwann wird man sagen müssen, was man tatsächlich will, und ich glaube, dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Macht man trotzdem noch einige Jahre so weiter, dann wird die EU keine Alternative zum Beitritt der Türkei mehr haben. Es wäre jetzt schon sehr schwer, der Türkei plötzlich zu sagen: Was wir in dreißig Jahren getan haben gilt nicht mehr, wir wollen jetzt etwas völlig anderes.

Ein weiteres wichtiges Problem der türkischen Außenpolitik stellt derzeit der Irak dar. Zum einen erwarten die USA die Unterstützung der Türken bei einem möglichen Feldzug gegen Saddam, zum anderen hat sich nach dem ersten Irak-Krieg im

Nordirak eine weitgehend autonome kurdische Region gebildet, die schon heute de facto nicht mehr von Saddam kontrolliert wird.

Hier hängt alles davon ab, zu welchen Konsequenzen ein Krieg gegen den Irak führt, wenn es denn dazu kommen sollte. Man kann davon ausgehen, dass das Regime Saddam Hussein dann beseitigt wird. Was danach kommen soll, weiß bis jetzt offensichtlich niemand, auch nicht in Washington.

Die Autonomieentwicklung für die Kurden im Nordirak könnte aber positiv beeinflusst werden, wenn es gelänge, einen stabilen Post-Saddam Irak herzustellen, wenn auch vielleicht zunächst unter starker amerikanischer Kontrolle mit einem gleitenden Übergang in einen neuen Nationalstaat Irak. In einem solchen politisch stabil organisierten Irak sind die Chancen für eine kurdische Autonomie im Norden relativ gut, wobei dann noch genau definiert werden müsste, wie weit denn diese Autonomie geht. Die Chancen sind jedoch gut, weil sie eine Einbindung der Kurden in einen größeren Staatsverband, aber keine Selbstständigkeit im klassischen Sinne bedeuten würde. Dies wäre, meines Erachtens, auch die Türkei letztendlich bereit hinzunehmen.

Jede andere Entwicklung, die darauf hinauslaufen könnte, dass im Nordirak früher oder später ein selbständiger Kurdenstaat entsteht, wird im Augenblick von der Türkei als Bedrohung ihrer nationalen Interessen angesehen. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob das tatsächlich eine so große Bedrohung ist, in jedem Fall wird es aber so wahrgenommen und würde entsprechende türkische Reaktionen herausfordern, ein militärisches Eingreifen im Nordirak nicht ausgeschlossen.

Das Gespräch führte Klaus Happel

Die Bevölkerung will Veränderungen sehen

Eine Bewertung der jüngsten Parlamentswahlen in der Türkei aus Sicht der HADEP

von Mehmet Salih Acar

Der wichtigste Aspekt am Ergebnis der Parlamentswahlen in der Türkei ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung Veränderung und Erneuerung will: Die drei Regierungsparteien der letzten Legislaturperiode sind allesamt unter die 10%-Hürde gefallen, und gewählt wurde eine Partei, die sich als neu, unverbraucht und ehrlich gibt.

Sicherlich ist die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) keine besonders demokratische und innovative Struktur, die den Sehnsüchten der Bevölkerung entsprechen könnte. Vielmehr handelt es sich um ein Zusammengehen derer, die verstanden haben, dass die Armee dem Vater des politischen Islam in der Türkei, Necmettin Erbakan, niemals die Chance zugestehen wird, an die Macht zu kommen, und jener, die in den verbrauchten Rechtsparteien für sich keine persönliche Zukunft mehr sahen.

Mit der Unterstützung des islamischen Mittelstandes und Großunternehmertums konnte die AKP sich in einer aufwendigen Wahlkampagne als eine nagelneue Kraft präsentieren.

Damit haben die Funktionäre der AKP aber zugleich einen Auftrag bekommen: Die Stimmen, die sie erhielten, sind Stimmen für die Erneuerung eines verfaulten, zusammenbrechenden Systems, Stimmen, die sich nach Demokratie sehnen. Damit muss die AKP umzugehen wissen. Wenn sie sich für Demokratisie-

rung entscheidet und europäische Standards einzuführen versucht, wird sie sich auf den Beinen halten können.

Doch wenn sie sich konservativ und furchtsam verhält und den Status quo nicht anzutasten wagt, wird sie die Bevölkerung nicht besonders lange hinhalten können.

Keine Kraft in Staat, Militär und Politik kann sich mehr gegen den unausweichlichen Wandel stellen, dessen bisherige Hinauszögerung das Land in eine vieldimensionale Krise gestürzt hat.

Denn letztendlich ist die Legitimität der neukonstituierten Regierung höchst fragwürdig, sind doch über 45% aller abgegebenen Stimmen überhaupt nicht im Parlament vertreten!

Dies bedeutet auch, dass durchaus wieder einmal Neuwahlen auf die Tagesordnung kommen können, falls sich herausstellt, dass die AKP-Regierung nicht in der Lage ist, den Willen der Bevölkerung zu vertreten, und aus diesen wird sie sicher nicht gestärkt hervorgehen.

Freilich war die Türkei noch unter den antidemokratischen Bedingungen zur Urne geschritten, die von der nach dem Militärputsch 1980 erlassenen Verfassung geprägt waren: Die 10% Hürde war und ist ein Handicap nicht nur für einen fairen Ausdruck des Willens der Bevölkerung, sondern auch für die Lösung der Probleme, die der Türkei derzeit jeden

Weg nach vorne verstopfen. Letztlich war die Entscheidung für vorgezogene Neuwahlen zu einer Zeit gefallen, da weite Teile der Bevölkerung in eine sprichwörtliche Depression geraten waren, weil ihnen das gegebene System den Atem abschnürt.

Die Demokratiepartei des Volkes HADEP war auf eine intensive Suche nach Bündnispartnern gegangen, um linke und demokratische Kräfte unter einem Dach zu vereinigen, mit dem sich die Belange der unterdrückten armen Schichten und der Kurden ins Parlament tragen ließen. Damit sollte Bewegung in die politische Landschaft kommen, in der alle von Veränderung reden, ohne dass die etablierten Systemparteien sie zuließen. Denn mehr noch als durch ihre eigentliche Politik waren die Berufspolitiker durch Bestechungs-, Korruptions- und Veruntreuungsaffären bekannt.

Mafiotisierung und Bandenbildung im Staatskörper waren und sind ein Problem, das mit dem der systematischen Folter und des Ausnahmezustandes in den kurdischen Gebieten ebenso überlappt wie mit der zunehmenden Verarmung und dem drastischen Auseinanderdriften der Einkommensverhältnisse.

Es ging der HADEP also darum, eine Formel zu finden, mit der die allgemeine

Suche der Menschen nach Erneuerung reflektiert werden könnte.

Leider wurde staatlicherseits in die Bündnisgespräche direkt und indirekt eingegriffen. Als die Kandidatenlisten abgegeben werden mussten, hatten sich die HADEP, die Partei der Arbeit (EMEP) und die Sozialistische Demokratiepartei (SDP) unter dem Dach der Demokratischen Volkspartei zusammengefunden - ein Bündnis also, das erst relativ spät, unmittelbar im Wahlkampf geformt wurde.

Bei der SDP handelte es sich um eine neugegründete Partei, die EMEP vermag nur einen recht schmalen Kreis von Menschen anzusprechen und die HADEP vertritt fast ausschließlich die unterdrückte kurdische Bevölkerung und war deshalb über Jahre hinweg als separatistisch gebrandmarkt worden. Somit konnte das Bündnis DEHAP also kaum auf eine Parteiorganisation in Zentralanatolien, der Schwarzmeergegend oder im westlichen Mittelmeerraum zurückgreifen; die bestehende Organisation der HADEP war noch allzu stark von den Bedingungen der Kriegsjahre geprägt und in jeder Hinsicht lädiert und verengt.

Eine kleine Revolution hat die DEHAP aber dadurch verursacht, dass an vielen Schlüsselpositionen Frauen die ersten Listenplätze besetzten und sich in der von alten Männern dominierten türkischen Politik ein recht junges Kandidatenprofil ergab. Anstelle von Berufspolitikern fanden sich hier Aktivisten aus der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen.

Obwohl die DEHAP es nur ungenügend geschafft hat, ihre Programmatik den Wählermassen vorzustellen, fand sie überraschend große Resonanz bei

bekanntem Schriftstellern, Künstlern und Kolumnisten.

Trotzdem gelang es ihr nicht, die lebhafteste Beteiligung an Wahlkampfveranstaltungen, die teilweise von mehreren hunderttausend Menschen besucht waren, in einen entsprechenden Stimmanteil umzusetzen.

Immerhin waren die Großveranstaltungen des Bündnisses, das keinen Anspruch auf Wahlkampfkostenrückerstattung hat, allerorten ein wahres Volksfest der Demokratie und übertrafen allein aus der Kraft der mittellosen Unterstützer bei weitem das, was andere Parteien mit Hilfe von Millionenausgaben auf die Beine zu stellen vermochten. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch von 1980 konnten Millionen von Menschen auf den Strassen ihren politischen Willen kundtun.

Doch waren die Wahlkampfausgaben so mancher Partei nicht bloß auf die allgegenwärtige Werbung beschränkt: Stimmen wurden regelrecht eingekauft, indem z.B. Stammesfürsten dahingehend bestochen wurden, sämtliche ihrer Hörigen zum geschlossenen und offenen Abstimmen für eine bestimmte Partei zu bewegen oder Teilnehmern an Autokonvois Summen ausgelobt wurden, die ein Monatsgehalt bei weitem übersteigen.

Wer die türkischen Medien verfolgte, konnte beinahe den Eindruck bekommen, als trete eine Partei namens DEHAP überhaupt nicht zu den Wahlen an. Auch jenseits der rechten Presse befolgten die Medien mit wenigen Ausnahmen wohl inoffizielle Richtlinien, denen zufolge über das Bündnis nicht berichtet werden sollte.

Andererseits fand der Wahlkampf aber in einer Atmosphäre statt, die sich von

der bei den letzten Wahlen 1999 merklich unterschied.

Kaum gab es systematische Behinderungen durch die Sicherheitskräfte, seltener als zuvor wurden Dorfbewohner bedroht oder DEHAP-Aktivisten am Betreten von Dörfern gehindert.

Doch in den Gebieten, in denen noch die Machtstrukturen der Ausnahmezustandsverwaltung vorherrschen bzw. Dorfschützerwesen und feudale Stammesverhältnisse fortbestehen, kam es natürlich zu z.T. schweren Verstößen gegen das Prinzip der freien und geheimen Wahl, die unweigerlich das Wahlergebnis beeinflussen.

Ausgeschlossen von der Wahl, der 1997 erstellte Wählerlisten zugrunde lagen, waren all jene, die als Binnenflüchtlinge oder Saisonarbeiter ihre Heimatorte verlassen hatten. Darüber hinaus hatten in Städten wie Istanbul oder Diyarbakir Zehntausende Menschen keine Wahlbenachrichtigung erhalten und wurden so am Urnengang gehindert.

Vielleicht hätte die DEHAP real ein Ergebnis von 8-9% erzielt; doch fest steht, dass das konkrete Ergebnis weit unter unseren Erwartungen liegt.

Wir sind zu der Einschätzung gelangt, dass diese Wahlen von der kurdischen Bevölkerung gewonnen, aber von unserer Parteiorganisation verloren wurden - von den Funktionären und Vorstandsmitgliedern, die es nicht verstanden, den regelrechten Volksaufstand, der sich auf fast allen Wahlkampfveranstaltungen des Bündnisses zeigte, in organisierte Strukturen zu kanalisieren und in ein gutes Wahlergebnis umzuwandeln.

Daher ist nunmehr unsere erste Priorität eine Neustrukturierung der Partei. Mit der DEHAP wollen wir die Bevölkerung in

allen Teilen des Landes erreichen und unsere Politik in die Türkei außerhalb der kurdischen Gebiete tragen.

Auch außerhalb des Parlamentes will und kann die DEHAP ihre Aufgabe als ein dynamischer Befürworter von Demokratie und Wandel erfüllen, und jegliche Schritte begrüßen und unterstützen, die auf Erneuerung abzielen.

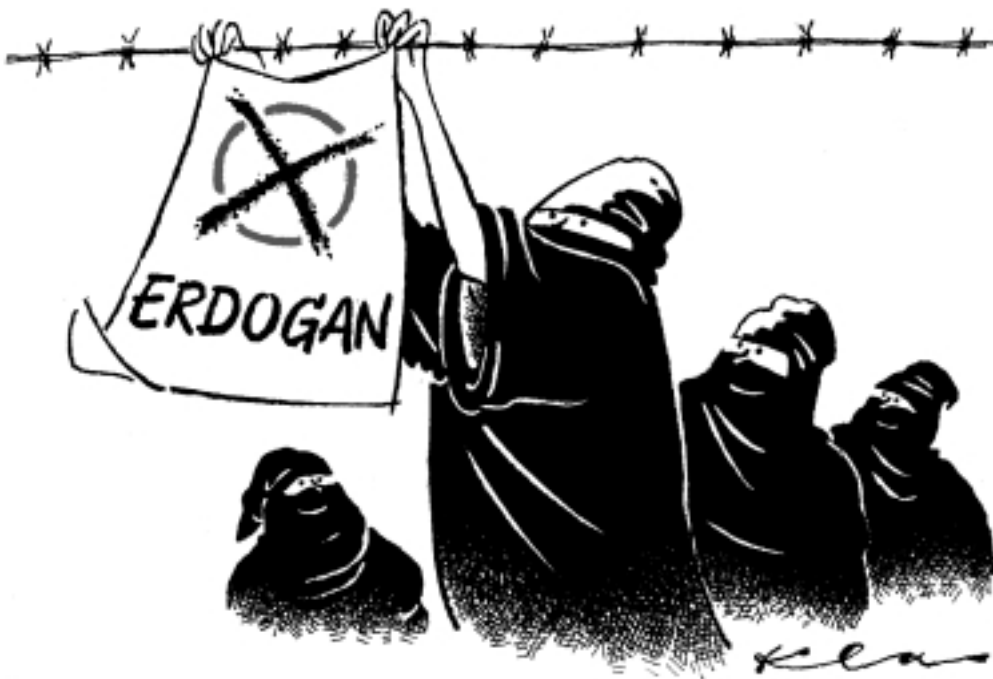
Angesichts der mangelnden Legitimität

Mehmet Salih Acar ist Mitglied der Europavertretung der HADEP (Halkin Demokrasi Partisi - Demokratiepartei des Volkes)
(Übersetzung aus dem Türkischen: Oliver Konty)

des Parlamentes können im Falle eines Ausbleibens solcher Schritte seitens der neuen Regierung sicher recht bald vorgezogene Neuwahlen diskutiert werden.

Die DEHAP muss sich daher bereits jetzt darauf vorbereiten, den Demokratiewillen der Bevölkerung der Türkei repräsentieren zu können und durch ihre Politik zu unterstützen. Sie ist schließlich die einzige Alternative zu den von kapitalstarken Magnaten dominierten, konservativen Parteien, die das Panorama der Türkei bestimmen.

Die Türkei hat gewählt. Die Demokratie. Europa.



Zeichnung: Klaus Becher

Fortsetzung von der ersten Seite

Alain Calles (Präsident des MRAP, Frankreich), **Renée le Mignot** (stellv. Generalsekretärin des MRAP, Frankreich), **Mag. Walter Baier** (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs), **Gianna Nannini** (Künstlerin, Italien), **Geraldine Chaplin** (Schauspielerin, Madrid, Spanien), **Dietrich Kittner** (Satiriker, Schriftsteller, Kabarettist, Deutschland), **Jean-Jacques Kirkyacharian** (Repräsentant des MRAP bei der UNO, Frankreich), **David MacDowall** (Schriftsteller, Großbritannien), **Alice Walker** (Schriftstellerin, USA), **Franca Rame** (Autorin, Regisseurin, Schauspielerin, Italien), **Chris Kutschera** (Schriftsteller, Frankreich), **Prof. Dr. Jean Ziegler** (Nationalrat und Publizist, Schweiz), **Dr. Diether Dehm** (ehm. Stellvertreter Vorsitzender der PDS, Deutschland), **Prof. Dr. Angela Davis** (University of California, Santa Cruz, USA), **Prof. Dr. Luigi Ferraioli** (Professor für Rechtsphilosophie, Italien), **Prof. Dr. Uwe Jens Heuer** (Professor für Rechtswissenschaften, Berlin, Deutschland), **Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr** (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutschland), **Prof. Dr. Werner Ruf** (Völkerrechtler, Universität Kassel, Deutschland), **Prof. Dr. Norman Paech** (Völkerrechtler, Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Deutschland), **Prof. Dr. Gerhard Stuby** (Völkerrechtler, Universität Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. h.c. Ronald Mönch** (Rektor der Hochschule Bremen, Deutschland), **Prof. Dr. Elmar Altvater** (Int. Lelio-Basso-Stiftung für die Rechte der Völker Deutschland), **Prof. Dr. Helmut Dahmer** (Professor für Soziologie, TU Darmstadt, Deutschland), **Prof. Jürgen Waller** (Rektor der Hochschule für Künste Bremen, Deutschland), **Hilarion Carpucci** (Erzbischof -syrisch-orthodox von Jerusalem), **Christine Blower** (ehem. Präsidentin der Lehrgewerkschaft (NUT), Großbritannien), **Ken Cameron** (Generalsekretär der Gewerkschaft der Feuerwehr - FBU-, Großbritannien), **Josep Lluís Carod Roura** (Vorsitzender der Republikanischen Linkspartei von Katalonien, Spanien), **Michael Feeney** † (Flüchtlingsberater von Kardinal Hume, Großbritannien), **Gareth Peirce** (Rechtsanwältin, Großbritannien), **Frances Webber** (Rechtsanwalt, Großbritannien), **Norbert Mattes** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland), **Yayla Mönch-Buçak** (Universität Oldenburg), **Mamoud Osman** (Kurdischer Politiker, Großbritannien), **Dr. Jutta Bauer** (Buchillustratorin, Deutschland), **Rolf Becker** (Schauspieler, IG Medien, Deutschland), **Hans Branscheidt** (medico international / Appell von Hannover, Deutschland), **Dr. Rolf Gössner** (Rechtsanwalt, Publizist), **Günther Schwarberg** (Journalist, Deutschland), **Roland Ofteringer** (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., Deutschland)